

Beitragseinheit — und zwar außerterminlich — erhoben werden.

— (Fünf Milliarden zu gewinnen!) Die ganz ungewöhnliche Geldentwertung, die seit Ende Juli eingetreten ist, zwingt die Lotterieverwaltung, die Gewinne und den Lospreis weiter zu erhöhen. Es wurde ein Preis von 150 000 Mark für das Zehntellos der 5. Klasse festgesetzt. Der Höchstgewinn beträgt im günstigsten Falle 5 Milliarden Mark, nämlich das große Los 3 Milliarden, die Hauptprämie 2 Milliarden Mark.

**Ramenz.** (Das Ramenzer Forstfest.) Am Montag nahm das historische Forstfest seinen Anfang mit dem Rinderauszuge. Tausende von Zuschauern folgten den festlichen Bildern des Festzuges mit seinen Fahngruppen und Musikchören, Kränzen und Blumengewinden. Am dem Festzuge nahmen auch 173 Rührkinder teil. Die Feststadt im Forste zeigte unter den Röhlen der Zeit nicht die Fälle früherer Jahre, vor Allem fehlen die größeren Schanzelle und die Würstelbuden. Am Dienstag erfolgte der Auszug der Turnabteilungen.

**Ramenz.** (Stilichleitsattentat.) Das kürzlich gemeldete Stilichleitsattentat in der Nähe der Gelsburg hat seine Aufklärung gefunden. Der Täter ist in einem hiesigen, 18jährigen Burtschen ermittelt worden; er sieht seiner Bestrafung entgegen.

**Ramenz.** (Die Preise für Mauerziegel) sind in der Amtshauptmannschaft Ramenz ab 9. August auf 24 Millionen Mark pro 1000 Stück erhöht worden.

**Ramenz.** (Ein kaum glaubliches Spiegebubenstück) ist dieser Tage beim Gutsbesitzer Kreische in Biebla verübt worden. Diebe haben auf einem seiner Felder, auf dem der Weizen in Puppen stand, 16 Stück der Puppen an Ort und Stelle ausgedroschen, die der Körner beraubten Garben dann zusammengebunden und wieder als Puppen aufgestellt. Diese Diebstahlschreier ist kaum noch zu überbieben.

**Baugen.** (Die landwirtschaftlichen Bezirksverbände) Baugen, Löbau und Zittau beschloßen, den Verwaltungsbehörden zusammen 2100 Zentner Roggen und zwar sofort 1200 Zentner unentgeltlich und innerhalb der nächsten Zeit weitere 1200 Zentner, diese letzteren zum Marktpreise zur Hebung des gegenwärtigen Notstandes zur Verfügung zu stellen. Ferner wird die Landwirtschaft beschleunigte Maßnahmen zur Versorgung der eigenen Bezirke mit Schlachtvieh und zu möglichst frühzeitiger Belieferung mit Frühkartoffeln treffen. Ebenso wird man dem auswärtigen Aufkäuferunwesen entgegenzutreten. Als Voraussetzung wurde betont, daß Behörden und Verbraucherkreise alle Anstrengungen machen, die Willkürzustände gewaltsamer Enteignung usw. zu beseitigen.

**Dresden.** (Sächsischer Lebenshaltungsinde.) Nach den Preisfeststellungen vom 20. August 1923 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indizes der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 529707. Gesamtindex ohne Bekleidung = 171001. Am 13. August beträgt der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 361001 und ohne Bekleidungskosten 312156. Vom 13. August bis 20. August sind mithin die Preise der bei der Teuerungsstatistik berücksichtigten Güter um 46,7 bzw. 51,0 v. H. gestiegen. Die bisher vom Sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte „Punktzahl“ (Steigerungszahl gegenüber Januar 1922 = 1,00) beträgt für den 13. August 1923 26 708,48.

**Dresden.** (Dresdner Sozialisten gegen Kommunisten.) Die sozialistische „Dresdner Volkszeitung“ befaßt sich mit dem eben wiedergegebenen Angriffen des kommunistischen „Kämpfer“ gegen das Kabinett Zeigner und schreibt u. a.: „den Kommunisten kommt es offenbar darauf an, um jeden Preis die Regierung Zeigner herunter zu reißen. Sie wollen sich als die einzigen, wahren und echten Vertreter proletarischer Interessen hinstellen.“ Das Blatt erklärt dann, daß die Sozialdemokratie trotzdem nach wie vor gern bereit sei, hier in Sachen gemeinsam mit den Kommunisten sachliche Arbeit zu leisten. Hätten es aber die Kommunisten durchaus darauf angelegt, die Regierung Zeigner zu stürzen, so würden sie die Verantwortung dafür zu tragen haben. „Wir sind überzeugt, daß den Kommunisten, einen Sturz der Regierung Zeigner nicht gut bekommen würde.“

**Dresden.** (Eröffnung der deutschen Leinen- und Wäscheausstellung.) Gestern fand im Beisein von Vertretern der Staats- und Kommunalbehörden, wirtschaftlichen Verbänden der Industrie, des Groß- und Einzelhandels sowie der Arbeitnehmer die Eröffnung der Deutschen Leinen- und Wäscheausstellung im Dresdner Residenzschloß statt. Als Vertreter der sächsischen Regierung war Wirtschaftsinminister Bellisch zur Eröffnungsfeier erschienen, die durch künstlerische Darbietungen der sächsischen Staatskapelle umrahmt war. Tausende von Besuchern aus allen Teilen des Reiches sind zugegen, um die außergewöhnlich vorteilhafte Einkaufsmöglichkeit wahrzunehmen, da zahlreiche Fabrikanten bestimmte Kontingente ihrer Produktion zu festen Papiermarkpreisen abgeben. Die Ausstellung bleibt bis zum 24. August eröffnet.

— (Eine Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt) hat infolge der gewaltigen Lohn- und Steuererhöhungen begonnen. In Dresden ist es, nach amtlichem Bericht, vielen kleineren Unternehmungen unmöglich, den Betrieb fortzuführen. Zahlreiche Meldungen über Kurzarbeit und Aussetzen lassen weitere erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit erwarten.

**Dresden.** (Volles Gewicht geben) Im Kleinhandel ist in letzter Zeit häufig die Unsitte beobachtet worden, daß die Verkäufer als Gewicht nur 120 Gramm auf die Waage legen, wenn sie für 1/4 Ware verkaufen. Die Gewerbetreibenden sind bereits ersucht worden, gegen diese Unsitte im Kleinhandel vorzugehen. Wirksam kann gegen diese Unsitte nur angegangen werden, wenn das Publikum sich gegen diese Benachteiligung selbst wehrt und Anzeige an die Polizeibehörde erstattet. Die Polizeibehörde wird jeder einzelnen Anzeige nachgehen.

**Meißen.** (Der Bau eines Krematoriums) ist vom Verein für Feuerbestattung beschloßen worden.

— (Die Mieten für möblierte Zimmer im August) sind in Zittau von der Untermieterschutz-Organisation zusammen mit der Hausfrauenvereinigung Zittau wie folgt festgesetzt worden: Grundmiete (Friedensmiete von 15 bis 35 Mark, je nach Größe und Ausstattung des Zimmers) mal doppelten Teuerungsfaktor der Reichsmiete. Bettwäsche weiß 30 000 M, bunt 24 000 M, tägliche Bedienung eine Stunde 3000 M, außerdem sind vier besondere Bedienungslunden im Monat zu bezahlen. Der Stadtrat hat von diesen Sätzen Kenntnis. — In Rassel beträgt die Miete für ein möbliertes Zimmer den Preis von 2 1/2 Markten freien Broten, für ein besseres Zimmer 3 1/2 Markten, für Bedienung und Reinigung ist der Preis von 4 Liter Vollmilch zu zahlen. Dieses System soll sich recht eingepflegt haben.

**Freiberg.** (Bestrafte Milchplantescher.) Das hiesige Schöffengericht beurteilte die Gutsbesitzerwitwe Ida Hänig geb. Wölle wegen fortgesetzter Milchverfälschung zu 1 Million Mark und wegen des gleichen Vergehens die Gutsbesitzersehefrau Martha Selma Zeuner geb. Schneider zu 750 000 Mark Geldstrafe. Beide Bauschwestern wohnen in Kleinwaltersdorf.

— (Ausfall der Herbstmärkte.) Wegen der schwierigen Wirtschaftslage fallen die Herbstmärkte zu Lorenzkirch und Altmügeln aus.

**Schönberg.** (Ein tollwutkrankes Schwein.) Auf dem Rittergut Schönbrunn wurde Tollwut bei einem Schwein festgestellt. Da die Schweine sich stets auf der Weide befanden, ist anzunehmen, daß das Tier von einem tollen Hund gebissen wurde.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

**Berlin, 22. August.** (Die Notverordnung.) Die Beratungen des Reichstagsfraktionen haben gestern nicht stattgefunden. Einladungen, die bereits ergangen waren, wurden zurückgezogen. Die Besprechungen sollen nunmehr im Laufe des heutigen Tages stattfinden. Der Hauptgrund für die Verlegung dürfte darin zu suchen sein, daß eine Anzahl der führenden Persönlichkeiten des Reichstages, deren Anwesenheit bei den Besprechungen wünschenswert ist, gestern von Berlin abwesend waren. Die Verordnung, die Gegenstand der Beratungen sein wird, soll, sofern sich nach den Besprechungen mit den Parteiführern nicht noch wesentliche Änderungen als notwendig herausstellen, sogleich nach Abschluß der Besprechungen veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden. Sie würde nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ also vorliegen, wenn Dr. Stresemann am Donnerstag seine in Aussicht genommene Rede im Hauhausausschuß des Reichstages halten wird. Heute bereits sollen die vereinigten Ausschüsse des Reichstages durch die Reichsregierung über den Inhalt der Verordnung unterrichtet werden. Die Sitzung wird wahrscheinlich veranlaßt stattfinden, wie dies bei Ausschusssitzungen des Reichstages üblich ist. In der Kabinettsitzung ist auch die Frage der Kohlenversorgung und der Kohlensteuer behandelt worden. Der übliche Fortfall der Kohlensteuer schien nicht das geeignete Mittel zu sein, dagegen wurden Pläne erörtert, die Werke vor der Geldentwertung zwischen Lieferung und Zahlungstage, heute meistens 2 Wochen, zu schützen. Am Mittwoch vormittag jedenfalls werden Vertreter der Wirtschaft vom Reichszentralrat gehört werden. Der Devisenfonds soll in erster Linie durch freiwillige Abgaben und erst dann durch Zwangsabgaben gebildet werden und zur Sicherung der notwendigen Einfuhr und zum Schutze der deutschen Mark dienen. Im Zusammenhange damit werden Maßnahmen für eine vernünftige Preis- und Lohnpolitik erfolgen.

— (Lohnsteuer und Geldentwertung.) Der Steuerauschuß des Reichstages erhöhte die Abzüge, um die sich der vom Gehalt und vom Lohn des Arbeitnehmers einbehaltene Steuerbetrag ermäßigt. Die Regierung hatte ursprünglich vorgeschlagen, die Abzüge zu veranschlagen. Die Geldentwertung und die hiermit verbundene nominale Steigerung der Lohn- und Gehaltsätze hat jedoch eine Veranschlagung der Abzüge als notwendig erscheinen lassen. Demnach darf vom Steuerbetrag ab 1. September abgezogen

werden: Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich 360 000 M, wöchentlich 77 200 M, für jedes Kind monatlich 2 400 000 M, wöchentlich 576 000 M, für Werbungskosten monatlich 3 000 000 M, wöchentlich 720 000 M. Die durchschnittliche Belastung durch die Lohnsteuer wird unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungssätze im September etwa 4—6 % betragen. Ab 1. September bleiben von dem monatlichen Einkommen einer Familie mit zwei Kindern somit steuerfrei: Einkommensminimum für Mann und Frau 7 200 000 M, Abzug für 2 Kinder 48 000 000 M, Abzug für Werbungskosten 30 000 000 M, gleich zusammen 85 200 000 M. Zu dieser sehr starken Berücksichtigung der Lohnsteuer steht das sonstige Steuerprogramm der Reichsregierung in einem krassen Gegensatz. Man merkt auch hier den sozialistischen „Einschlag“.

**Berlin, 22. August.** (Die Aussprache des Reichszentralrats mit der Industrie.) Unter dem Vorsitz des Reichszentralrats und im Beisein des Reichsfinanzministers, sowie des Reichswirtschaftsministers fand heute nachmittag eine eingehende Aussprache mit den Vertretern der Industrie über die bevorstehende Notverordnung des Reichspräsidenten statt. Der Reichszentralrat legte eingehend die Notwendigkeit dar, mit größter Beschleunigung einen Devisenfonds zu schaffen zur Besserung der Ernährungsvhältnisse und zur Stützung unserer Währung. Nach ausführlichen Darlegungen des Reichsfinanzministers über die finanzielle Lage, erkannten die anwesenden Vertreter der Industrie in vollem Maße die Notwendigkeit der beschleunigten Maßnahmen und erklärten ihre Zustimmung zu beschleunigtem gesetzgeberischen Vorgehen und schärferen Strafmaßnahmen gegen Zuwiderhandlungen und Umpfändungen der Verordnung. Die Aussprache ergab weiterhin die Notwendigkeit, beschleunigte Maßnahmen zu treffen, die zu einer Hebung der Ausfuhr dienen sollen.

**Berlin.** (Neue Preise für Stickstoffdüngemittel.) Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt mit Wirkung vom 20. August 1923 ab neue Sockelpreise für Stickstoffdüngemittel. Es beträgt der Aufschlag: für den 100-Kilo-Sack 492 000 M, für den 75-Kilo-Sack 393 000 M.

— (Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.) Am 30. August tritt unter dem Vorsitz von J. B. in Genf der Völkerbundrat zusammen. Unter anderem steht auf der Tagesordnung auch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde, für die insbesondere Lord Robert Cecil und Smeets aus der Bewegung heraus eintreten werden, daß dann der Völkerbund eher in der Lage sein werde, eine wirksame Lösung des Reparations- und Ruhrproblems und der gesamten wirtschaftlichen Lage Europas einzuleiten.

**Berlin, 23. August.** (Der Devisenfonds 200 bis 300 Millionen Goldmark.) Die Reichsregierung hofft, durch die neue Verordnung 200—300 Millionen Goldmark an Devisen herausholen zu können, um damit den schon mehrfach erwähnten Fonds zu schaffen, mit dessen Hilfe man die Mark stützen und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicher stellen wird. Die Vertreter der Koalitionsparteien stimmten beim gestrigen Empfang in der Reichskanzlei, den in der Verordnung getroffenen Maßnahmen zu, ja, es wurden sogar Vorschläge laut, die Verordnung in Bezug auf die Strafen noch zu verschärfen.

#### Frankreich.

**Paris, 21. August.** (Die französische Note an England) ist heute dem ehemaligen Geschäftsführer in Paris übergeben worden.

**Paris, 22. August.** (Der „Temps“ über den Inhalt der französischen Antwort.) Ueber den Inhalt der französischen Antwort macht der „Temps“ in seiner gestrigen Abendausgabe verschiedene bemerkenswerte Angaben. In dem französischen Schriftstück wird zweierlei unterschieden. Zunächst rechtfertigt Poincaré die Politik Frankreichs gegenüber dem Reich. Weiter wird die Gedankengabe der englischen Note Wort für Wort widerlegt. Zuletzt erinnert der französische Ministerpräsident daran, daß er bereits die Richtlinien zu einer Lösung des Ruhrproblems entworfen habe. Wie sich Poincaré die Zahlung der Reparationen vorstellt, geht aus dem Abschnitt 23 des letzten Selbstbuches hervor. Die französische Regierung ist sich klar, daß das deutsche Kabinett, um regelmäßige und genügende Zahlungen zu leisten, sowie um den Kredit wieder herzustellen, den es sich freiwillig zerstört hat, verschiedener Hilfsmittel bedarf. Als Hilfsquellen werden angeführt: 1. Die Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer, die bereits von einer internationalen Regie verwaltet werden, würden einer Gesellschaft zu übergeben sein, an der Frankreich, England, Belgien und sogar die Rheinlande sich beteiligen. — 2. Da die deutsche Großindustrie sich auf Kosten des übrigen Deutschlands und der Verbündeten bereichert, ist es selbstverständlich, daß sie unverzüglich im bedeutenden Ausmaße an den Reparationen beteiligt wird. Verschiedene Kohlenbergwerke des Ruhrgebietes würden dabei von dem Reich wieder übernommen und einer internationalen Gesellschaft übergeben. Die Eisenbahngesellschaften der Verbündeten würden auf diese Weise wieder die Kohlen erhalten, auf die sie ein Anrecht haben und Deutschland würde dergestalt einen Teil seiner Schulden abzahlen. — 3. Die Naturalieferungen werden in einem noch festzusetzenden Umfang wieder aufgenommen. — 4. Die Zollabgaben werden in Gold oder Goldwerten erhoben und den Verbündeten ausgeteilt. — 5. Schließlich würde ein gewisser Teil der Devisen den Verbündeten übergeben. Die Erhebung